

## **Bericht der AGBR-Konferenz vom 28. bis 30. September 1998 am Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven**

Die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalraete der ausseruniversitaeren Forschungseinrichtungen (AGBR) tagte vom 28. bis 30. September 1998 beim Alfred-Wegener-Institut fuer Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven. Neben den Delegierten aus den Forschungseinrichtungen nahmen auch Vertreter der Bundesvorstaende von GEW und DAG teil. Darueber hinaus hatte die AGBR-Konferenz den Vorsitzenden der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Herrn Professor Dr. Detlev Ganten, zu Gast.

Prof. Ganten wies in seiner Stellungnahme auf die mit dem Regierungswechsel verbundenen Chancen und Risiken bei einer Neuorientierung der Forschungspolitik hin. Vor diesem Hintergrund erachten der HGF-Vorsitzende und die AGBR-Konferenz in vielen Bereichen Buendnisse fuer erforderlich, so zum Beispiel bei der Aenderung der Vergabepaxis von Mitteln aus dem HGF-Strategiefonds. Einigkeit besteht auch hinsichtlich des wuensenswerten Abbaus der politischen Einflussnahme auf die Arbeit der Forschungseinrichtungen. Hier kritisieren beide insbesondere auch die Verfahrensweise des Bundesrechnungshofes mit Unterstuetzung des Bundesministeriums fuer Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) bei Taetigkeitsueberpruefungen in den Forschungseinrichtungen. Bei der vielerorts bisher vernachlaessigten Umsetzung der Frauenfoerderung in den Forschungseinrichtungen bot sich Prof. Ganten der AGBR-Konferenz als Mitstreiter an.

Uebereinstimmend forderten sowohl die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer wie auch Prof. Ganten den Wegfall des BAT-Ost, so dass fuer alle Beschaeftigten gleiche Arbeitsbedingungen gelten.

Dringend erforderlich - dies unterstuetzt Prof. Ganten ausdruuecklich - ist eine Anhebung des Anteils der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von derzeit gut zwei auf wieder ueber drei Prozent und somit eine Beendigung der Arbeitsplatzvernichtung in der Forschung.

Die Konferenz blickt auf sechs Jahre gemeinsamer Arbeit der AGBR in Ost und West zurueck. Sie setzt sich auch weiterhin fuer einen regional ausgewogenen Aufbau der ausseruniversitaeren Forschungseinrichtung in Ost- und Westdeutschland und fuer eine Angleichung der Arbeitsbedingungen im Osten an die im Westen ein.

Dies ist umsomehr erforderlich, als Bundesinnenminister Kanther saemtliche Tarifvertraege zwischen OETV und DAG einerseits und der GMD-Forschungszentrum Informationstechnik GmbH (GMD) andererseits gekuendigt hat. Zweck der Kuendigung ist anscheinend die Absenkung der Loehne und Gehaelter und die Verschlechterung anderer Arbeitsbedingungen.

Hier fordert die AGBR-Konferenz die sofortige Wiederinkraftsetzung der GMD-Tarifvertraege mit dem Ziel der Beibehaltung des BAT fuer alle GMD-Beschaeftigten in Ost und West und unterstuetzt die Forderung der GMD-Belegschaft:

- keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, auch nicht fuer neu eingestellte Beschaeftigte
- BAT fuer alle Doktoranden
- Dauervertraege statt unsozialer Zeitvertraege.

Die AGBR wendet sich entschieden dagegen, dass Umstrukturierungen in privatrechtlich organisierten Forschungseinrichtungen zum Anlass genommen werden, arbeitsvertragliche Regelungen -wie zum Beispiel die Unkuendbarkeitsregelung- auszuhebeln. Die AGBR haelt es fuer notwendig, solchen Bestrebungen gemeinsam und notfalls mit kollektivrechtlichen Mitteln entgegenzutreten.

Die Abwahl der CDU/CSU/FDP-Regierung gibt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der AGBR-Konferenz die Hoffnung, dass der Dialog ueber die forschungspolitischen Thesen der AGBR wiederbelebt wird.